

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

• Braunschweig: Tagesblatt Niesla.
Gesamt Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Grodenhain, des Amtsgerichts,
Rates der Stadt Niesla, des Finanzamts Niesla und des Hauptzollamts Reichen

Postkonto: Dresden 128
Kontokasse Niesla Nr. 52.

Nr. 7.

Sonnabend, 9. Januar 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrists von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für 60 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 69 mm breite Reflamezeile 100 Gold-Pfennige; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, Bemittlung Rabatt erfolgt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Niesla. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Frohler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Bangert & Winterlich, Niesla. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Niesla; für Anzeigenteil: Wilhelm Pitzlich, Niesla.

Besserung der Wirtschaftslage?

In den Kreisen der deutschen Wirtschaft scheint sich allmählich eine Wendung zum Besseren vorzubereiten, die darin zum Ausdruck kommen dürfte, daß die Auflehnungen mit Amerika nach und nach eine festere Grundlage anzunehmen beginnen. Vor einigen Tagen war gemeldet worden, daß eine amerikanische Gesellschaft eine finanzielle Transaktion mit der deutschen Stahlindustrie eingegangen sei und daß dadurch die Bildung eines deutsch-amerikanischen Stahltrusts erwünscht in den Bereich der Möglichkeit getreten sei. Auf diese Meldungen hat die Berliner Börse eine sanftere in Berlin der Montanindustrie erlebt, wie sie seit einem Jahre nicht mehr verschieben werden konnte. Das Vertrauen der Wirtschaftskreise beginnt sich überhaupt seit dem günstigen Abschluß des Weihnachts- und Inventurgeschäftes so zu schärfen, daß die tote Konjunktur eine verhältnismäßig plötzliche und rasche Wiederbelebung erhält.

Es ist ohne weiteres klar, daß diese Wendung auf ernstlichere Erscheinungen zurückzuführen werden muß. Durch bloße Frierenmanöver läßt sich eine derartig tiefgehende Veränderung der Wirtschaftslage denn doch nicht herbeiführen, so daß es zweckmäßig erscheint, die wirkliche Sachlage etwas näher zu untersuchen.

Zeit der Rückkehr des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht aus Amerika wird von den großen Wirtschaftskreisen mit Hochdruck daran gearbeitet, eine Verbesserung der deutschen Kreditverhältnisse in Amerika zu schaffen und damit die Wirtschaftslage zu beheben, die der Reichsbankpräsident der deutschen Wirtschaft in Bezug auf die Zurückgewinnung des amerikanischen Vertrauens unterbreitet hat. Dabei ist man auf den Gedanken gekommen, die großen Industriellen Deutschlands zusammenzufassen, sie in Erweis zu vereinigen und in geschlossenen Organisationen als Kreditgeber in Amerika aufzutreten. Die amerikanische Finanzwelt würde es mit ganz großen Unternehmungen mit außerordentlichem Erfolg einsehen zu tun haben, so daß sie entsprechende Garantien für die Sicherheit des auszuführenden Kapitals gegeben sieht. Unter solchen Umständen können auch langfristige Kredite, wie sie die deutsche Wirtschaft braucht, unter annehmbaren Umständen abgeschrieben werden. Kommen die Amerikaner in der deutschen Wirtschaft zustande, so würden die deutschen Banken dabei die Aufgabe haben, sich ebenfalls der großen Bewegung zur Zusammenfassung aller Wirtschaftskräfte anzuschließen, denn sonst verümen sie eine wichtige Gelegenheit, ihre eigenen finanziellen Interessen zu beschützen. Im großen und ganzen gehen wir natürlich ganz bestimmte Voraussetzungen für die Sanierung der deutschen Wirtschaft voraus, aber es erhebt sich die Notwendigkeit, darauf hinzuweisen, daß noch nicht einmal ein Anfang gemacht ist und noch Monate vergehen werden, ehe der Zusammenstoß der großen deutschen Industrien in der Praxis zustande kommen wird. Es hängt einig und allein von der Einsicht und der Vernunft der beteiligten Unternehmungen ab, das Tempo dieser Bewegung zu fördern und damit auch einer besseren Zukunft für die ganze deutsche Wirtschaft die Wege zu ebnen.

Das kommende Arbeitsgerichtsgesetz.

Der demnächst an den Reichsrat und den Reichstag gelangende Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes bezweckt die Ersetzung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte durch Arbeitsgerichte, die auf ähnliche Weise zusammengesetzt und tätig werden sollen und das in zahlreiche Gesetze verfaßte, in gleicher Weise mannigfaltige wie sozial wichtige Arbeitsrecht richterlich anzuwenden berufen sind. In bezug hierauf schreibt uns die Handelskammer Dresden:

Die Verfasser und Anhänger des Entwurfs zeigen selber wenig Verständnis für die auf Schritt und Tritt ersichtliche Ueberorganisation des deutschen Behördenapparats und für das durch die innerwirtschaftliche Entwicklung unabwendbar gewordene Gebot eines enghaltigen Einhalts und Abbaus in dieser Richtung. Anstatt die Gelegenheit zu benutzen und die an die Stelle der selbständigen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte tretenden Arbeitsgerichte als Abteilungen der ordentlichen Gerichte auszugestalten, wollen sie eine vollständige Trennung beider Gerichtsorganisationen gerade in der wichtigsten ersten Instanz durchführen und keine Rücksicht auf die Erfahrungen der Zeit, auf die wirtschaftlichen Steuerkräfte, auf die Einheit und Untrennbarkeit der Rechtsprechung und auf die Bedürfnisse der Rechtssuchenden gelten lassen. Die Arbeitsgerichte sollen durchaus von den Amtsgerichten getrennt errichtet und gegebenenfalls für die Bezirke mehrerer Amtsgerichte geschaffen werden. Die im Falle größerer Entfernung der Parteien erwachsenden Schwierigkeiten zählen aufeinander überhaupt nicht. Die Träger dieser Gedanken gehen halten es ferner zum Unglück dieser Zumutung für richtig, den am Tische des Arbeitsgerichts wohnhaften Parteien die in den allermeisten Fällen viel zu kurze Einlassfrist und Ladungsfrist von nur 24 Stunden anzustellen.

Die Sonderstellung der Arbeitsgerichte will ein zu dem Entwurfe vom vorläufigen Reichswirtschaftsrat erstattetes Mehrheitsgutachten ausnehmend noch verschärfen. Nach ihm sollen die Arbeitsgerichte statt zwei für jede Verhandlung vier Beisitzer erhalten, als wenn die im Erwerbsleben Tätigen nicht ohnehin schon im Uebermaße durch öffentliche Beamter in Anspruch genommen wär-

Vor der Betrauung Dr. Luthers?

an. Berlin. Reichstanzler Dr. Luther hat in seiner Ausdrucksweise mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg, über deren Verlauf in den amtlichen Kreisen freilich die Stillschweigen bewahrt wird, detaillierte Vorschläge über die Regierungsabteilung und über die sich aus der parlamentarischen Situation ergebenden Möglichkeiten unterbreitet. Obwohl eine Entscheidung über die Betrauung mit der Regierungsabteilung kaum vor Montag in Aussicht genommen ist, glauben wir mitteilen zu können, daß der Auftrag zur Regierungsabteilung nunmehr an den bisherigen Reichstanzler Dr. Luther ergehen wird. Die Schwierigkeiten, die sich den Bemühungen des Zentrums zur Bildung einer Regierung der Großen Koalition entgegenstellten, haben sich in den letzten Tagen doch nicht derart überwunden, daß dadurch die Berufung einer weiter linksstehenden Persönlichkeit als Dr. Luther in Betracht gezogen werden konnte. Selbst die erhöhte Verhandlungsbereitschaft der Sozialdemokratie bietet noch Auffassung der maßgebenden politischen Stellen keine Gewähr für eine beschleunigte Lösung der Krise, zumal die Deutsche Volkspartei ihrerseits entschlossen zu sein scheint, weitere Verhandlungen auf der Grundlage der Großen Koalition abzulehnen. Eine Betrauung Dr. Luthers würde allerdings im ersten Augenblick das Zentrum ernsthaft vor den Kopf stoßen und die Situation vorübergehend sehr kritisch gestalten. Am stabilsten auf die Dringlichkeit des Regierungsproblems ist aber damit zu rechnen, daß das Zentrum es nicht unbedingt ablehnen wird, mit Dr. Luther zu verhandeln und daß auch die Demokraten sich abzugeben bereit sind, das sachliche Programm des bisherigen Reichstanzlers, das während der letzten acht Tage bis in alle Details ausgearbeitet worden ist, nachzusprechen, ehe sie ihre Stellungnahme festlegen. Ein Teil des Zentrums nimmt übrigens der Sozialdemokratie gegenüber eine ziemlich kritische Haltung ein, indem er der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion den Vorwurf macht, daß sie durch die einmal ausgesprochene Ablehnung der Großen Koalition dem gegenwärtigen Lager alle Voraussetzungen für die Bildung einer bürgerlichen Regierung in die Hand gegeben habe. Die Sozialdemokratie dürfte sich jetzt nicht wundern, wenn sich der Versuch zur Wiederaufrichtung der Großen Koalition als eine Unmöglichkeit erweisen sollte.

Unter solchen Umständen ist es nicht unwahrscheinlich, daß Dr. Luther mit seinem Programm zur Regierungsabteilung zu positiven Ergebnissen gelangen wird. Der Kaiser, der die Bildung einer Regierung der Mitte unter Einbeziehung der Demokraten wünscht, beabsichtigt offensichtlich, die Sozialdemokratie in der einen oder der anderen Form zur positiven Mitarbeit heranzuziehen und ihr die Möglichkeit zu bieten, die in den sachlichen Fragen be-

stehenden Gegensätze zu überwinden. Wie wir hören, wird Dr. Luther am Sonntag vor der Tagung der Zentrumsvorstände Gelegenheit nehmen, mit führenden Zentrumsmitgliedern zu sprechen und ihnen seine Auffassung darzulegen. Es bleibt abzuwarten, ob dieser Schritt des Kanzlers zu einer Verständigung zwischen ihm und dem Zentrum führen wird und ob dadurch die noch bestehenden sehr erheblichen Komplikationen vorläufig aus der Welt geschafft werden können.

Wie verlautet, ist nach den getriggen Besprechungen des Reichspräsidenten mit dem Reichstanzler Dr. Luther und den Reichsministern Dr. Brauns, Dr. Gehler, Dr. Stresemann und Dingeldey eine weitere Unterredung mit Dr. Luther für keine vormittag in Aussicht genommen. Man hält es jedoch für zweifelhaft, ob im Hinblick darauf eine Entscheidung getroffen werden, laut Tageslicher Rundschau spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Direktionsfunktionen abgewarten werden, ehe seitens des Reichspräsidenten weitere Schritte erfolgen.

Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Reichsministern.

Berlin. Nachdem der Herr Reichspräsident gestern vormittag die politische Lage und die Frage der Regierungsabteilung mit dem Reichstanzler Dr. Luther besprochen hatte, empfing er im Laufe des Nachmittags zu Besprechungen über den obigen Gegenstand die Reichsminister Dr. Brauns, Dr. Gehler, Dr. Stresemann und Dingeldey.

Dr. Stresemann vor dem Auswärtigen Ausschuss.

an. Berlin. In den Kreisen des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages erwartet man mit einiger Spannung die für heute, Sonnabend, angekündigten Mitteilungen des Reichsaussenministers Dr. Stresemann, die sich in erster Linie mit der Angelegenheit der deutschen Vertretung im Völkerbund befassen werden. Der Minister wird bei dieser Gelegenheit die Angriffe, die im Zusammenhang mit den letzten Pressepolemiken wegen der Befragung der Völkerbundspolken auf das Auswärtige Amt gerichtet worden sind, mit aller Entschiedenheit zurückweisen. In die Ausführungen Dr. Stresemanns soll sich eine sehr lebhafte Debatte anschließen. Ob der Minister schon jetzt Gelegenheit nehmen wird, dem Auswärtigen Ausschuss über die Entscheidungen der Reichsregierung hinsichtlich der Befragung der Völkerbundspolken Mitteilung zu machen, steht zur Stunde noch nicht fest, jedoch anzunehmen ist, daß er nur kurz auf diese Frage eingehen wird.

Eine Räubergeschichte des Matin.

Paris. Der Matin bringt eine Räubergeschichte über ein in Bayern geschmiedetes ungeheures Komplott, das seit Oktober in allen Einzelheiten mit Zustimmung des ehemaligen Kaisers Wilhelm vorbereitet sei und das darauf abzielte, die Krone von Mitteleuropa umzuwälzen. Erzherzog Albrecht habe in den letzten Monaten eine starke und zugleich methodische Tätigkeit entfaltet. Er habe eine Begegnung mit dem deutschen Kronprinzen und mit dem bayerischen Kronprinzen gehabt. Sie hätten gemeinsam ein Art Vertrag unterzeichnet, durch den sie im Falle eines Erfolges Österreich „unter Bayern und Deutschland“ aufteilen wollten. Der Erzherzog habe sich darauf nach Rom begeben und den Versuch gemacht, Mussolini für seine Sache zu gewinnen und habe sich auch mit den Führern der römischen nationalen Parteien in Verbindung gesetzt. Schließlich habe er, um seine Stellung in Budapest zu konsolidieren, sich zum Vorsitzenden der Christlichen Gewerkschaften ernennen lassen. Er habe geglaubt, daß Frankreich nicht in der Lage sein dürfte, zu intervenieren, da er die gefährliche Idee gehabt habe, daß es vor dem Zusammenbruch und vor einer Revolution stehe. Der Erzherzog habe geglaubt, daß sich England desinteressieren werde, und habe auch angenommen, daß der Reichsverweser Borah für ihn sei. Graf Apponyi habe seine Pläne dann durchkreuzt.

München. Zu der oben gemeldeten Räubergeschichte des Matin über ein in Bayern geschmiedetes Komplott zwischen dem ungarischen Erzherzog Albrecht, dem früheren deutschen Kronprinzen und dem Kronprinzen Rupprecht von Bayern für die Aufteilung Ungarns ist festzustellen, daß diese Behauptung schon im Sommer 1925 und dann wieder im November auftrat. In der angeblichen Zusammenkunft in Mondsee stellte die Vertretung des Kronprinzen Rupprecht schon damals fest, daß Kronprinz Rupprecht nicht in Mondsee war, auch den deutschen Kronprinzen seit Oktober 1924 nicht mehr gesehen hat und daß alle zu diese angebliche Zusammenkunft geknüpften Kombinationen aus der Luft gegriffen sind.

Der Landesdienst des Süddeutschen Korrespondenzbüros ist gegenüber den neuerlichen Behauptungen des Matin zu der ausdrücklichen Feststellung ermächtigt, daß Kronprinz Rupprecht auch den Erzherzog Albrecht seit Jahren nicht mehr gesehen hat und keinerlei Verbindung mit ihm unterhält. Auch diese Kombinationen des Matin stellen sich demnach als freie Erfindung dar.